

Politik gegen Finanzmarkt – David gegen Goliath

Sind Finanztransaktionssteuer und Handelsverbote von einzelnen Papieren die richtigen Mittel im Kampf gegen einen übermächtigen Gegner? Wie kam der Finanzmarkt zu seiner Macht? Wo sind die Schwachstellen? Gibt es Wege, dem Finanzmarkt wieder eine sinnvolle Rolle zuzuweisen?

Der Versuch einer Klärung

Von Andreas Bangemann



Illustration: Martin Bangemann

Die Nichtregierungsorganisation „attac“ kann sich freuen. Ursprünglich gegründet um eine sogenannte „Tobin Tax“ einzuführen, ist sie ihrem Ziel sehr nahe. Die EU will den auch von der deutschen Regierung geäußerten Willen für eine Finanztransaktionssteuer in die politische Tat umsetzen¹. Die Einstellung der Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP in dieser Frage scheint sich um 180 Grad gedreht zu haben, denn noch wenige Tage zuvor gab es eine entschlossene Ablehnung. Der politische Druck des „Faktischen“ zu Aktionen gegen den Finanzmarkt muss immens sein. Das am meisten gehörte Argument gegen die Finanztransaktionssteuer lautete stets, dass eine internationale Einführung nötig sei, um Kapitalflucht in Länder ohne diese Steuer zu verhindern. Ein Argument, das nun vom Tisch zu sein scheint, denn noch machen die USA und die G20 keine Anstalten, es den Europäern gleich zu tun.

Die geplante Steuer ist eine Art Umsatzsteuer auf alle Finanztransaktionen. Sie ist in einer Höhe von 0,1 Promille (einem Zehntausendstel) bis 0,5 Promille vorgesehen und soll dennoch, alleine zu Gunsten der deutschen Staatskasse, zwischen 10 und 20 Milliarden Euro pro Jahr einbringen. Setzt man die Summe ins Verhältnis zu den bereits zugesagten „Rettungspaketen“ von derzeit 172 Milliarden Euro für die angeschlagenen deutschen Banken und den 148 Milliarden für die Euroländer, dann passt das Bild vom „Tropfen auf den heißen Stein“.

Die Politik gibt vor, mit dieser Maßnahme die Banken stärker an den Folgekosten der Krise beteiligen zu wollen. Keine Rede mehr von einer Lenkungswirkung oder dem massiven Eindämmen der Spekulation mit Staatspapieren, Währungen oder lebenswichtigen Rohstoffen. Es geht in der Haupt-

sache um Steuereinnahmen, um ein kleines Stück des „Finanzmarkt-Kuchens“.

Das widerspricht auch den ursprünglichen Forderungen von attac, die zu Beginn ihrer Kampagne stets von einer massiven Beschränkung der schädlichen Spekulation geredet hat. James Tobin, der mit dem Nobelpreis gekrönte Vater der Idee dieser Steuer, hatte seinerzeit das ausschließliche Ziel, die kurzfristige Devisenspekulation so zu mindern, dass Länderwährungen dadurch nicht in Schieflage geraten können. Der Einnahme aus der Steuer maß Tobin logischerweise wenig Gewicht bei, denn schließlich war das Ziel der Steuer, die Devisenspekulation zum Erliegen zu bringen, was ein Sinken der Einnahme gegen Null zur Folge hätte. Als James Tobin 1972 den Vorschlag zu seiner Steuer machte war das Volumen der verwalteten Vermögen am Kapitalmarkt im Vergleich zur Leistung der Realwirtschaft eine kaum nennenswerte Größe.

Samtpfotenaktionismus

Dem Druck der Mehrheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger folgend, entschließt man sich zu hilflosen Vorgehensweisen im Kampf gegen einen übermächtigen Gegner. Zu wirklich einschneidenden Maßnahmen ist man in allen politischen Lagern aber bereit, wenn es an die Verkündung von „Sparpaketen“ gegen die Bevölkerung im eigenen Land geht. Dabei werden gar noch die Profiteure der Rettungspakete aus Steuermitteln – die Besitzer großer Geldvermögen – auf eine Weise verschont, dass sich selbst Abgeordnete der Regierungsparteien mit einem vernehmbaren Groll zu Wort melden.

Ist die Finanztransaktionssteuer hinreichend für die Bändigung des „Goliath“ Finanzmarkt?

Sie schadet diesem Ansinnen zumindest nicht. Doch sie schadet auch dem Gebaren des Finanzmarktes nicht. Weder Politik noch attac wollen oder können sich mit der eigentlichen Ursache der Macht des Finanzmarktes und seiner Akteure befassen.

Die Macht des Finanzmarktes über die Politik resultiert aus den mittlerweile immensen Geldvermögen, die darin verwaltet werden. Das Volumen dieses Marktes ist geradezu explodiert.

Ein Mehrfaches des weltweiten Bruttosozialproduktes (der Wert aller weltweit erzeugten Produkte und Leistungen eines Jahres) von rund 54,3 Billionen Dollar (2007)² kurst in Form internationaler Geldanlagen am Kapitalmarkt. Bereits 1999 hat der Börsenwert aller Aktien der „Global Players“ das Weltsozialprodukt überflügelt³. Im Jahre 2005 betrug der Handel nur mit Derivaten (hochriskanten Papieren ohne direkten realwirtschaftlichen Bezug, lediglich

der Absicherung anderer Geschäfte oder als Schutz gegen Preisänderungen dienend oder eben für reine Spekulationszwecke) 1.408 Billionen Dollar⁴, und standen demnach zum Weltsozialprodukt des Jahres 2007 im Verhältnis von 1:25. Im Jahre 1990 stand dieses Verhältnis noch bei rund 1:6.

Die zugrunde liegenden Nominalbeträge der Derivate lagen 2005 mit 57,8 Billionen US-Dollar ebenfalls deutlich über dem Weltsozialprodukt und haben sich in 15 Jahren seit 1990 von damals 2,3 Billionen US-Dollar bis heute um das fünfundzwanzigfache gesteigert.⁵ Im gleichen Zeitraum kam es beim Weltsozialprodukt lediglich zu einer Verdoppelung⁶.

Angesichts dieser Entwicklungen liegt klar auf der Hand, warum der Finanzmarkt heute weit mächtiger ist als die Politik. Die zugeflossenen Kapitalmassen können nur aus dem Ersparten der Wirtschaftsteilnehmer und der über Jahre sich entwickelten „Selbstalimentation“⁷ der Geldvermögen entstanden sein. Noch bis in die 80er Jahre hinein wurde das Kapital durch die Realwirtschaft gebunden und hielt dadurch den Finanzmarkt quasi automatisch im Zaum. Seine Rolle als Markt für Risikoausgleich mit einem im Verhältnis zur Realwirtschaft unschädlichen Spekulationsanteil hat sich im Laufe weniger Jahre von einer harmlosen Versicherung zu einem unzählbaren „Monster“ entwickelt⁸. Eine massive „Anwerbung“ von Erspartem und die Anlage von bereits am Kapitalmarkt erzielten Gewinnen führen zu dem Phänomen einer „Quasi-Hortung“. Kapital, das auf Girokonten gehalten wird, um damit durch schnelle Transaktionen Gewinne in kürzester Zeit zu realisieren. Das wird sowohl von den Anlegern vorzugsweise so gemacht und von den Intermediären (Finanzinstitute, wie Banken, Broker oder Börsenmakler, über die jedes Börsengeschäft gezwungenermaßen laufen muss) gewünscht, denn sie verdienen an jeder Transaktion auf dem Kapitalmarkt in Form einer Provision mit.

In dem Maße, wie das Wachstum der Realwirtschaft dem nach mathematischen Gesetzen ablaufenden Wachstum des Kapitals hinterherhinkte, nahm die Macht des Finanzmarktes durch den Zufluss immer größerer Kapitalmengen zu. Das ganze noch massiv durch die Attraktivität hoher Gewinnmöglichkeiten unterstützt. Natürlich spielte auch die Lockerung der Gesetze und die damit verbundene Erleichterung des Zuganges zum Finanzmarkt eine gewisse Rolle hinsichtlich der wachsenden Macht, aber nicht die entscheidende.

Im Finanzmarkt findet das Kapital Entfaltungsmöglichkeiten und grenzenlos erscheinende Gewinnmöglichkeiten, die in der Realwirtschaft aufgrund der offensichtlichen natürlichen Begrenzung des Wachstums nicht herrschen. Der monetäre Gewinn, den ein Unternehmen aus der Erbringung



seiner Leistung erzielt, steht den anderen Wirtschaftsteilnehmern in Form der Wertschöpfung des Unternehmens zur Verfügung. Diejenigen, denen der monetäre Gewinn des Unternehmens zusteht (in der Regel den Eigentümern oder Aktionären), haben ein legitimes Anrecht auf den Erwerb anderer am Markt verfügbarer Güter und Leistungen.

Der Gewinn, der am Kapitalmarkt mit Spekulation in der Hauptsache dadurch entsteht, dass auf dem Papier erzielte Gewinne zur Erzielung noch höherer Gewinne in diesem Markt verbleiben (Thesaurierung) und dadurch einen sich selbst verstärkenden Prozess antreiben, beruht nur noch zu einem verhältnismäßig geringen Teil auf realer Wertschöpfung. Der Bezug zur Realwirtschaft wird von den „Finanzstrategen“ lediglich zum Zwecke der Verkaufsförderung immer wieder erwähnt, ist aber bestenfalls noch marginal vorhanden. Dennoch kann mit diesen Gewinnen Nachfrage nach den Wertschöpfungen der Wirtschaftsteilnehmer gehalten werden. Solange der Zufluss von Kapital in den hochspekulativen Finanzmarkt den Abfluss übersteigt, besteht für die reale Wirtschaft eher die Gefahr deflationärer Entwicklungen. Die extremen Schwankungen der Börsenkurse der jüngsten Zeit deuten darauf hin, dass sich die Akteure am Finanzmarkt auf den schnellen Ausstieg aus dem Markt vorbereiten. Nur wer sehr früh – bildlich gesagt am Scheitelpunkt der Kurve – aussteigt wird bei einem „Run“ noch zu den Gewinnern gehören. Mit dem Start des Rennens aus den Papieren des Finanzmarktes beginnt deren Verfall bis zur Wertlosigkeit. Wertlos werden die Papiere, weil sie einerseits einer realen Deckung entbehren und andererseits, weil die zur Zahlung Verpflichteten zahlungsunfähig werden. Eine derartige Entwicklung konnte in vielen Einzelfällen beispielhaft an zusammengebrochenen „Pyramidenspielen“, wie beispielsweise dem „European Kings Club“⁴⁹ oder in jüngerer Vergangenheit den Machenschaften eines Bernie Madoff beobachtet werden. Doch so offensichtlich die Bedrohung der Auswirkungen dieser Gefahr auch vor Augen liegen. Im Menschen siegt dennoch die Gier in Form der vermeintlichen Aussicht auf den schnellen, anstrengungslosen und großen persönlichen Gewinn. Mit der Folge, dass die Klugheit einmal mehr dem Schaden folgen muss.

Der Kampf gegen die Gier ist eine nicht leistbare Sisyphusarbeit. Die Gier gehört wie viele weitere Eigenschaften in einen Bereich, dessen Ursprung außerhalb des direkten menschlichen Einflusses liegt. Alles von Menschenhand geschaffene können wir verändern. Deshalb müssen wir uns über die strukturellen Ursachen Gedanken machen und Rahmenbedingungen schaffen, innerhalb derer die menschliche Gier nicht in einer Form zum Ausbruch kommen kann, welche die ganze Gemeinschaft in Gefahr bringt.

Erfüllt der Finanzmarkt in seinem jetzigen Zustand noch einen Sinn für die Realwirtschaft?

Wie man angesichts der aufgezeigten Größenentwicklungen widerspruchslos die immer wiederholten Plitiden vom sinnvollen Nutzen der angeblichen Sicherungsinstrumente des Finanzmarktes für Geschäfte im internationalen Handel hinnehmen kann, ist wohl am ehesten mit der Omnipräsenz derer zu erklären, die nach wie vor die Talkshowsessel der Fernsehsender okkupieren. Mit unbedarftem Umgang und dem Fehlen des kritischen Hinterfragens hat man die wachsende Macht des Finanzmarktes abgesegnet und ihre Entwicklung gefördert. Die Maßnahmen der Politik durch die verabschiedeten Rettungspakete haben den Finanzmarkt weiter gestärkt und die SteuerzahlerInnen an die Stelle der nicht mehr zahlungsfähigen Schuldner gesetzt. Gerettet hat man die Geldvermögen der Superreichen auf Kosten der gesamten Bevölkerung, welche man „zur Belohnung“ mit Sparpaketen knebelt. Widersprüchlicher und hilfloser kann sich Politik nicht darstellen.

Auch die Rolle der Medien und der Wirtschaftspresse ist in dieser Hinsicht ein journalistischer Offenbarungseid. Statt kritischer Begleitung betrieb man über Jahre nur anbietende Hofberichterstattung und kaute wieder, was die Hüter der Schulökonomie zu Protokoll gaben. Widersinnigerweise geht das bis heute so, obgleich viele Experten weder etwas vorhergesehen haben, noch heute etwas Vernünftiges zu einer positiven Veränderung beitragen. Wo immer man bei unseren Eliten auch hinschaut, überall findet man nur stückwerkartige Symptombekämpfung. Die Alternativlosigkeit ist zu einem unumstößlichen Prinzip der Arbeit auf allen Gebieten geworden. Ein im Grunde für die BürgerInnen nicht auszuhaltendes Chaos, das nichts Gutes verheißt.

Was geschah zwischen 1990 und heute, das es rechtfertigen würde, einer derart gewaltigen Explosion an Finanzpapieren einen vernünftigen Sinn zuzusprechen? Banken, Finanzmarktakteure und Politiker haben in einem Flechtwerk gegenseitiger Abhängigkeit Fakten geschaffen, die heute ein nicht mehr kontrollierbares Eigenleben entfaltet haben. Die Finanztransaktionssteuer wirkt weder lenkend, noch ändert sie etwas an den Ursachen der immer bedrohlicher

werdenden Krise. Sie ist ein vorübergehend wirkendes Placebo, das den totalen Zusammenbruch bestenfalls etwas hinauszögert. Können wir uns damit zufrieden geben?

Das Verbot von Leerverkäufen – zumal in einem einzigen Land – ist ein „moralisches“ Zeichen, mehr aber auch nicht. Es ändert sich nichts an den Handelsvolumina. Die suchen sich andere Orte oder schaffen sich neue „Finanzprodukte“, falls man bestehende tatsächlich einmal international verbieten würde. Der Finanzmarkt in seiner heutigen Verfassung ist nicht nur nutzlos geworden, er hat sich zu einer gefährlichen Bedrohung entwickelt.

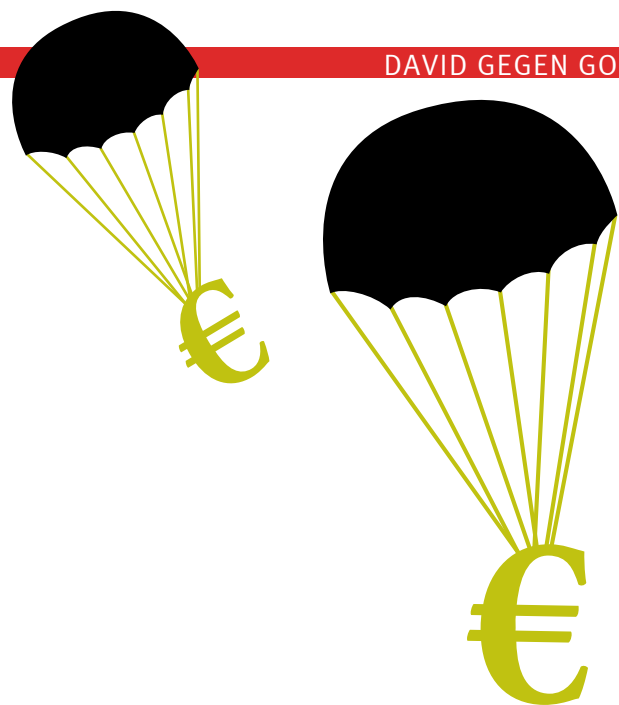
Wem nützen die Rettungspakete?

Der Finanzmarkt sitzt aufgrund seines immensen Volumens am längeren Hebel. Will man zu vernünftigen Strategien und vor allem zu politischem Handeln kommen, das wahr macht, was alle Politiker - einschließlich Barack Obama in den USA - vorgeben zu wollen, nämlich der Politik den Vorrang vor dem Kapitalmarkt zu geben, dann muss man sich fragen:

Wie führen wir die Rolle dieses Finanzmarktes wieder auf das Maß zurück, das er noch bis in die 80er Jahre hatte und das wieder in einem gesunden Verhältnis zur Realwirtschaft steht?

Wir sind mit dem endgültigen Ausbruch der Krise im Herbst 2008 an einem Punkt angekommen, den noch ein Jahr zuvor keiner der hoch dotierten Fachleute für möglich gehalten hatte. International tätige, mächtige Banken wurden zahlungsunfähig und mussten mit immensen Summen an Steuergeldern vor dem Zusammenbruch bewahrt oder sogar ganz verstaatlicht werden. Was man uns als „Ausrutscher“ zu verkaufen suchte, geht aber unvermindert weiter: Die Zahlungsunfähigkeit ganzer Länder birgt die Gefahr, dass am Ende alle in den Abgrund gezogen werden. Deutschland kann weder Banken noch anderen Ländern der EU aus vorhandenen flüssigen Mitteln helfen. Deutschland kann nur durch eigene drastische Erhöhung seiner Verschuldung helfen. Doch was heißt eigentlich „helfen“? Alle bereits beschlossenen Maßnahmen haben nur einen Zweck: Den Betroffenen wird die Bedienung der Forderungen der Gläubiger ermöglicht. Vordergründig sind das institutionelle Anleger am internationalen Kapitalmarkt. Diese institutionellen Anleger bündeln das Kapital dahinter stehender Einrichtungen, wie Banken und Versicherungen, aber auch privater Einzelanleger aus der ganzen Welt. Sie alle legen die Vermögen nach der Maßgabe der Erzielung höchstmöglicher Rendite an.

10% der deutschen Bevölkerung halten rund 2/3 der gesamten Geldvermögen¹⁰. Weltweit halten die reichsten 10%



gar 85% der Geldvermögen¹¹. Und selbst unter den reichsten 10% gibt es noch immense Unterschiede. So hält das reichste 1% weltweit 38% der Geldvermögen und die reichsten 0,1% (1 Promille) gar 20%, während die ärmsten 83% der Weltbevölkerung sich 13% der Gesamtvermögen teilen müssen.¹² Diese Zahlen sprechen für sich und lassen nur einen Schluss zu: Die „Rettungspakete“ aus Steuergeldern für Banken oder ganze Länder fließen nahezu vollständig den reichsten 10% der Weltbevölkerung zu. Der von der Politik stets in den Vordergrund gestellte „kleine Sparer“, den es zu schützen gelte, spielt in Wahrheit eine nicht nennenswerte Nebenrolle.

Fassen wir zusammen: Der Finanzmarkt hat seine dienende Funktion verloren und fügt der Realwirtschaft immer größer werdende Schäden zu. Die BürgerInnen in der EU subventionieren mit den Rettungspaketen die Geldvermögen der reichsten 10% direkt über ihre Steuerzahlungen, zusätzlich zu den ohnehin schon indirekt zu leistenden Zinslasten in allen Preisen.

Mit unseren Steuergeldern helfen wir den Bürgern Griechenlands nicht. Wir helfen auch nicht der griechischen Regierung bei der Bewältigung sozialer Probleme im eigenen Land oder bei gezielten Bildungsoffensiven, damit Griechenland wettbewerbsfähiger wird. Im Gegenteil. Mit den ausschließlich den Gläubigern Griechenlands zugutekommenden Geldsummen zwingen wir gleichzeitig die griechische Regierung zur Durchsetzung der in diesem Land nie da gewesenen Sparmaßnahmen. Die Menschen in Griechenland werden zu einer drastischen Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen verdonnert.

Was kann „David“ tun?

Die Politik hat gegen den Finanzmarkt nur eine Chance, wenn es gelingt dessen Größe – das Volumen der verwalteten Geldvermögen in den spekulativen Bereichen – zu



reduzieren. Über diese „Wunderkraft“ verfügt die Politik. Die Zahlungsunfähigkeit von Schuldern wie Griechenland weist den Weg zu dieser Kraft. Es gilt lediglich ein zum Wesen des Kapitalismus gehörendes Instrument konsequent und mit Bedacht anzuwenden: die Insolvenz. Die demokratisch gewählten Institutionen in den Ländern und der EU – die Volksvertreter – haben es in Händen die Insolvenzverwaltung zu organisieren. Indem sie das tun, übernehmen sie von Anfang an die Macht über den Finanzmarkt, denn dieser Markt und seine Akteure werden durch Insolvenzen zum Reagieren in engen Grenzen verdammt. Der Staat agiert. Am Ende des Verfahrens werden – wie auch in der freien Wirtschaft üblich – die Gläubiger auf einen großen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen. Dem Finanzmarkt wird „die Luft abgelassen“. Im Rahmen eines Insolvenzverfahrens lassen sich auch Maßnahmen ergreifen, die den „kleinen Sparer“ im Vergleich zu den reichsten der Reichen bevorzugt schützen.

Auf eine weitere Möglichkeit des Staates, der Sache Herr zu werden, möchte ich hier nur am Rande eingehen: Die Inflation. Im Vergleich zur Insolvenz, in der man wesentlich genauer steuernd eingreifen und die Richtung bestimmen kann, ist die Inflation ein zutiefst ungerechtes Instrument, dessen Verlauf und Wirkungen niemand mit Bestimmtheit vorhersagen kann. Am Ende der Inflation steht die Vernichtung von Vermögen und Schulden, ohne dass jemand die Macht und den Einfluss hätte, zu bestimmen, welches Ausmaß die Inflation hat und wer am härtesten von den Folgen betroffen ist. Eine Hyperinflation – und die bräuchten wir, wenn wir die Spekulation eindämmen wollten – ohne menschliches Leid und Gewalt ist eine Illusion.

Was kommt nach einem „Kapitalschnitt“?

Ist es erst einmal gelungen mit einer Reduzierung von Geldvermögen und Schulden den Kapitalmarkt wieder in den Griff zu bekommen, wäre das Schlimmste, was uns dann noch passieren könnte, wenn wir so weitermachen würden wie vor der Krise.

Eine „Selbstalimentation“ von Geldvermögen darf es nicht mehr geben. Dafür sind die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten. Das Geldsystem braucht „Selbstdämpfungs-Mechanismen“ – der Physiker würde sagen „negative Rückkopplungen“ – welche dafür sorgen, dass die monetären Entwicklungen an der Realwirtschaft ausgerichtet sind. Dafür gibt es ausgezeichnete Modelle und Theorien, mit deren Übernahme man sich von wichtigen Teilen der bisher als alternativlos geltenden Schulökonomie verabschieden müsste.

Wir brauchen eine neue Sichtweise auf die Wirtschaft im Allgemeinen und das Geldsystem im Besonderen. Um das zu leisten, müssen wir uns der überholten Ansichten entledigen und ein gänzlich neues System gestalten. Noch haben wir die Chance dazu, nur nicht mehr allzu lange.

ANMERKUNGEN

¹ „Die Welt“ vom 18.5.2010: www.welt.de/wirtschaft/article7677330/Euro-Laender-stimmen-fuer-Transaktionssteuer.html

² Handbook of Statistics 2008 – United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD)

³ Laut Berechnung des US-Investmenthauses Salomon Smith Barney – erschienen in „Welt“ am 27.12.1999

⁴ Serie „Zahlen und Fakten Globalisierung“ Papier zum Finanzmarkt vom Bundesamt für politische Bildung

⁵ ebenda

⁶ UNCTAD (www.unctad.org/fdistatistics)

⁷ Bereits 1993 wies die Deutsche Bundesbank in ihrem Oktober-Monatsbericht, darauf hin, dass der Zuwachs der Ersparnisse zu 4/5 aus den Ersparnissen selbst entstand, es sich demnach um wieder angelegte Zinsen und Zinseszinsen handelt

⁸ Ex-Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2008

⁹ „Königin der Anlagebetrüger Damara Bertges war das Gesicht des European Kings Club. Zwei Milliarden D-Mark steckten gutgläubige Anleger in ihren Verein ohne Geschäftsmodell. Ihre Anhänger blieben der charismatischen Frau auch im Untergang treu.“ (FAZ 29.1.2009)

¹⁰ Studie der Hans-Böckler-Stiftung Januar 2009 www.boeckler.de/320_94199.html

¹¹ World Institute for Development Economics Research (WIDER) der UN-Universität in Helsinki 2006. Siehe Bericht in Wochenzeitschrift „Freitag“ www.freitag.de/2007/02/07020601.php

¹² Studie der Beratungsfirma Boston Consulting Group (BCG), Handelsblatt vom 10.6.2010